

weltoffen ... hanseatisch
sozial ... demokratisch

Wahlprogramm der Stralsunder SPD zur Kommunalwahl 2009

Verabschiedet von der Mitgliedervollversammlung am 2. März 2009

Inhaltsverzeichnis

Präambel

A. Arbeit und Wirtschaft

B. Stadtentwicklung und Kultur

C. Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

D. Bildung, Jugend und Sport

E. Verwaltung, Sicherheit und Ordnung

PRÄAMBEL

Nimm di nix för, denn schlöcht di nix fähl.

Genau das wird die SPD nicht tun. Wir haben uns im Gegenteil eine ganze Menge für unsere Stadt vorgenommen. Sie können das hier nachlesen.

Bevor Sie das tun: Seien Sie versichert, dass vor jedem Wahlerfolg für uns das Wohl der Stadt an erster Stelle steht. Wir wollen, dass alle Stralsunder in einer Stadt arbeiten und leben können, die ein kulturvolles und sozial gesichertes Umfeld sowie eine attraktive und geschützte Umwelt bietet.

Die SPD ist bereit, größere Verantwortung für Stralsund zu tragen. Sie arbeitet für eine offene und solidarische Gesellschaft. Getreu ihrer eigenen Tradition ist sie gegen Gleichmacherei auf der einen und soziale Kälte auf der anderen Seite. Wir sind sicher, dass wir den Stralsunderinnen und Stralsundern den besseren Weg anbieten können. Ein paar Schritte dieses Weges werden hier beschrieben.

In Stralsund ist oft an den Bürgern und sogar an der gewählten Bürgerschaft vorbeigeeigert worden. Oft sogar hinter ihrem Rücken. Das wollen wir ändern. Bürgersinn und Ehrenamt sind Voraussetzungen für Bürgerbeteiligung, und das ist ein anderes Wort für Demokratie.

Willy Brandts „**Mehr Demokratie wagen**“ bleibt ein kluges Wort. Sagen wir es auf platt:

De Börger sall mitschnacken können bi dat, wat em angahn deed.

A. ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Wir entwickeln wirtschaftspolitische Perspektiven für Stralsund

Erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sind ein Hauptanliegen der Stralsunder SPD.

Ohne eine gesunde **Wirtschaft** wird sich die Zahl der **Arbeitsplätze** weiter verringern und die **Abwanderung** vor allem junger Arbeitskräfte in andere Bundesländer weiter zunehmen. Statt zunehmendem Wohlstand und sozialer Stabilität droht Verlust von Lebensqualität.

Die Hansestadt Stralsund hat aufgrund ihrer **desolaten Haushaltslage** kaum noch Steuerungsmöglichkeiten zur Förderung der lokalen Wirtschaft. Kommunale Investitionen hängen im Wesentlichen von der Gewährung von **Fördermitteln** ab. Schon die

Erbringung des geforderten **Eigenanteils** bereitet Schwierigkeiten. Die Lage verschärft sich zusätzlich dadurch, dass die kommunalen Unternehmen zunehmend zum Haushaltsausgleich herangezogen werden, was deren Investitionskraft schwächt. Und das geht zu Lasten des Mittelstandes und der Handwerkerschaft.

Wohl sind insbesondere unter den SPD-geführten Bundes- und Landesregierungen in den letzten Jahren umfangreiche Aufbauhilfen für die ostdeutsche Wirtschaft erbracht worden. So flossen seit **1999 weit über 100 Mio. € an Fördermitteln an die Hansestadt Stralsund** und ihre Gesellschaften. Die entscheidenden Ideen und deren Umsetzung müssen jedoch vor Ort entwickelt werden.

Die **Konjunkturpakete**, mit deren Hilfe die Bundesregierung Deutschland aus der Finanzkrise führen will, werden Zuwendungen in Millionenhöhe – vielleicht 20 Millionen Euro – nach Stralsund bringen. Dieses Geld ist für kommunale Investitionen gedacht. Wir können damit Schulen, soziale und kulturelle Einrichtungen, aber auch Straßen sanieren und die Altstadt weiter voranbringen. Zuerst denken wir an die Carsten-Sarnow-Schule, die in ihrem jetzigen Zustand einen Missstand darstellt und das Lernen bestimmt nicht fördert. Gleichzeitig können wir so Aufträge für Stralsunder Firmen und damit Arbeit für viele Menschen sichern.

Neben der für die Kommune nicht beeinflussbaren "großen Wirtschaftspolitik" bieten der Bereich der Standortentwicklung und die unternehmensorientierte **Wirtschaftsförderung** erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten.

Leider fehlte in den letzten Jahren für Stralsund ein von der SPD immer wieder gefordertes, erkennbares Konzept mit klaren Zielvorgaben und Prioritäten. Anders als sein Vorgänger hat der neue OB die Bedeutung der Wirtschaftskraft für die weitere Entwicklung unserer Hansestadt und des Umlandes erkannt und eine völlig **neue kommunale Wirtschaftspolitik** angekündigt. Die Stralsunder SPD wird diese neue Entwicklung nach Kräften, aber auch unter Beachtung sozialer und ökologischer Grundsätze unterstützen und mitgestalten. An der Fortschreibung des **Wirtschaftsförderungskonzeptes**, begleitet durch die Fachhochschule Stralsund, wird sie mitwirken.

Neben dem Ausbau **traditioneller Wirtschaftszweige** wie Schiffbau, maritime Zulieferung, Einzelhandel, Dienstleistung, Handwerk und auch des Tourismus ist ein besonderes Augenmerk auf die Ansiedlung **produktiven Gewerbes** erforderlich.

Aufgrund der bestehenden Infrastruktur und der Osterweiterung der Europäischen Union wird sich die Ansiedlung von größeren Industrieunternehmen in unserer Stadt weiterhin schwierig gestalten.

Trotz dieser Schwierigkeiten und aufgrund des notwendigen Landschaftsschutzes ist die immer weiter wachsende **Tourismuswirtschaft** mit der Ansiedlung von Großindustrie in Einklang zu bringen. Schon aus diesem Grunde wird die SPD daran mitwirken, Unternehmen aus **zukunftsträchtigen und umweltverträglichen** Bereichen wie Informations- und Kommunikationstechnologie, Umwelttechnik und innovative Bautechnologie für unsere Region zu gewinnen.

Die Voraussetzungen für die Ansiedlung von Firmen mit innovativen Technologien sind günstig, da Stralsund und Mecklenburg-Vorpommern ein **modernes und leistungsfähiges Telekommunikationsnetz** haben, welches beste Voraussetzungen für die Einführung und Verbreitung von Multi-Media-Anwendungen - auch in den ländlichen Regionen - bietet.

Ökologisch unverantwortliche Großvorhaben wie das von DONG Energy geplante **Kohlekraftwerk in Lubmin lehnt die Stralsunder SPD ab**. Dieses Kraftwerk würde mehr CO₂ produzieren als jetzt ganz Mecklenburg-Vorpommern, von Schwermetallen, insbesondere Quecksilber, ganz zu schweigen. Wir entscheiden uns für die Tourismusregion Vorpommern und suchen das Bündnis mit allen Kraftwerksgegnern.

Junge Existenzgründer und Unternehmen müssen in Stralsund ein attraktives Umfeld erhalten, um marktfähige Produkte und Dienstleistungen entwickeln zu können.

Unserer modernen und international ausgerichteten **Fachhochschule** und dem unmittelbar angrenzenden **Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum** kommen dabei Schlüsselfunktionen zu, da hier die jungen Fachkräfte ausgebildet werden und - optimal begleitet - den Schritt in die Selbstständigkeit wagen können.

Dabei können wir auf die Unterstützung der SPD-geführten Landesregierung hoffen, die mit ihrer Initiative "Wissen in die Marktwirtschaft" die Kooperation von Wirtschaft und den Hochschulen des Landes fördert.

Wir sind uns bewusst, dass die hierfür notwendige wirtschaftliche Infrastruktur nicht zum Nulltarif zu haben ist. Es ist jedoch unsere feste Überzeugung, dass kommunale Investitionen in ein tragfähiges kommunales Wirtschaftssystem gut angelegt sind, da es sich um Investitionen in die Zukunft des Standortes Stralsund handelt.

Die Stralsunder SPD wird die weitere Entwicklung des **maritimen Gewerbeparks** begleiten und unterstützen.

Eine kluge Wirtschaftspolitik setzt dabei zwangsläufig auch eine enge Abstimmung und Kooperation mit den Nachbarstädten und -kreisen voraus.

Davon unabhängig wird sich die Stralsunder SPD dafür einsetzen, die Standortbedingungen in unserer Stadt weiter auszubauen und zu verbessern.

Von der Verwaltung müssen kompetente Ansprechpartner zur Verfügung gestellt werden, die **Existenzgründern und Investoren** von Anfang an zur Seite stehen, um eine reibungslose Verzahnung mit allen administrativen, kommunalen und regionalen Institutionen und Strukturen zu bewirken. Die Stralsunder SPD wird sich auch weiterhin für die Einrichtung sogenannter Verwaltungslotsen einsetzen, die diese Aufgabe übernehmen.

Die Kommune muss in der Lage sein, den Existenzgründern Fördermöglichkeiten im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung und die Beschaffung zinsgünstiger Kredite, z.B.

über die Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW, aufzuzeigen. Darüber hinaus sind deutlich mehr als bisher alle staatlichen und privaten Förderprogramme zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft auszunutzen.

Neben der bereits bestehenden Präsentation des Wirtschaftsstandortes Stralsund bedarf es endlich einer eingehenden **Analyse und Feststellung der Unternehmen**, für die Stralsund als Standort besonders interessant ist. Hieran anschließend müssen die für diese Zielgruppe bedeutsamen Standortfaktoren erkannt, ausgebaut und zur Anwerbung eingesetzt werden. Hierzu bedarf es auch eines regelmäßigen Erfahrungsaustausches mit den lokalen Wirtschaftsvertretern, um die vorhandenen Wirtschaftszweige zu fördern.

Die SPD wird sich dafür stark machen, dass sich **Stralsund mit seinen Vorzügen** aktiv im Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte präsentiert und mit höchstmöglicher Effektivität an mögliche Investoren herantritt.

Hierfür müssen alle bekannten Plattformen (Messen, Medien, Internet) mehr und besser als bisher genutzt werden.

Nur mit einer gesunden Wirtschaft und ausreichenden Arbeitsplätzen wird es gelingen, Stralsund als Oberzentrum zu erhalten und eine für alle Bevölkerungsgruppen angemessene Lebensqualität zu erreichen.

Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen haben für die Stralsunder Sozialdemokraten oberste Priorität.

Der **Tourismus** ist eine der entscheidenden Branchen der Stralsunder Wirtschaft. Er hat durch die Eintragung der Hansestädte Stralsund und Wismar in die UNESCO-Welterbeliste und die Fertigstellung des Ozeaneums einen massiven Aufschwung erfahren.

In der Vergangenheit bildete der Tagestourismus der Strandurlauber von Rügen und dem Darß den Schwerpunkt der Besucher unserer Stadt. Zunehmend gewinnt aber der klassische Städte- und Bildungstourismus an Bedeutung. Dieser Zweig erfordert eine verstärkte Qualitätsorientierung aller am Tourismus beteiligten Anbieter.

Die Stralsunder SPD setzt sich wie bisher massiv für die Erhaltung der kommunalen Unternehmen ein. Die Unternehmensgruppe „**Stadtwerke**“ ist als Dienstleister für die Kommune, für die Unternehmen in Stadt und Umland und für die Einwohner tätig. Die Stadtwerke sollen diese Position halten und möglichst ausbauen.

Sie

- dienen der Erhaltung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen
- entlasten durch Stabilisierung und Steigerung der ökonomischen Ergebnisse nachhaltig den städtischen Haushalt
- dienen der Realisierung von Kooperationen mit den umliegenden Gebietskörperschaften zur Erhaltung und Verbesserung des Dienstleistungsangebotes (Strom-,

Gas-, Wasserver- und -entsorgung und ÖPNV); siehe dazu auch unter Stadtentwicklung

- fördern Soziales, Sport und Kultur.

Wie wir uns die Entwicklung der Stadtwerke vorstellen, haben wir im Abschnitt B. Stadtentwicklung und Kultur / Umwelt und Energie skizziert.

Die **Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft** (SWG) ist als kommunales Unternehmen zu erhalten, damit in der Hansestadt Stralsund sicherer und bezahlbarer Wohnraum angeboten werden kann. In Verbindung mit der Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft (LEG) sind Stadtentwicklung und Wohnumfeldverbesserung weiter voranzutreiben.

Das kommunale Eigentum, unser Tafelsilber, ist zu erhalten und dessen Wertschöpfung für die Stadt zu sichern. Strategische Beteiligungen sind im Interesse der Hansestadt Stralsund nicht grundsätzlich ausgeschlossen, bedürfen aber zuvor einer eingehenden Prüfung und Diskussion.

Alle Maßnahmen und Projekte der Stadt müssen sich in das umfassende **Leitbild der Stadt** einfügen. Dieses Leitbild ist, insbesondere auf Initiative der SPD, unter großer Beteiligung von Akteuren aller Bereiche in der ablaufenden Wahlperiode erarbeitet worden und hat in Fachkreisen bundesweit Anerkennung gefunden. Als zwingende Folge aus dem Leitbildprozess muss jetzt ein **Stadtmarketing** e.V. auf den Weg gebracht werden, in dem möglichst Vertreter aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gruppierungen gemeinsam kommunale Projekte und Maßnahmen formulieren und auf den Weg bringen.

Wir Stralsunder Sozialdemokraten sind sehr froh darüber, dass es gelungen ist, das Vorhaben politischer Bankrotteure, die **Sparkasse** an eine Privatbank zu verkaufen, verhindert wurde. Der Deutsche Städtetag äußert sich wie folgt: „Das kommunale, öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen hat sich gerade in der aktuellen **Finanzmarktkrise** als der stabilisierende Faktor für das deutsche Bankenwesen und damit als wesentlicher Standortfaktor für Deutschland erwiesen.“

B. STADTENTWICKLUNG UND KULTUR

1. Stadtentwicklung

Altstadt und Weltkulturerbe

Wer Stralsund sagt, meint immer zuerst die Altstadt. Sie ist es, die jedem Stralsunder am Herzen liegt und der wir den Welterbestatus verdanken. Das ist eine hohe Auszeichnung für unsere Stadt und gleichzeitig die Verpflichtung, dieses Erbe in die Zukunft zu führen. Wir dürfen diesen Status nicht gefährden oder gar verlieren, denn er macht unsere Stadt bekannt und bietet Zukunftschancen

Zahlreiche Sanierungen und Neubauten nach der Wende haben die Altstadt ohne Zweifel entscheidend aufgewertet. Dabei kann das Engagement vieler privater Bauherren und das ehrenamtliche Engagement zahlreicher Bürger (z. B. im Bürgerkomitee Rettet die Altstadt Stralsund e. V. oder der Initiative Altstadt e. V.) nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es gibt in der Innenstadt wieder Wohnungen von sehr guter Qualität. Die Einwohnerzahl wächst, und erfreulicherweise zieht es vorwiegend jüngere Leute dorthin.

Es muss in den nächsten fünf Jahren gelingen, die noch ausstehende **Sanierung** von rund 10% der Altstadtgebäude abzuschließen. Sorgenkinder wie die ehemalige Jugendherberge am Kütertor oder der Kampische Hof erfordern besondere Anstrengungen. Außerdem sind noch rund 80 Baulücken zu schließen. An die Architektur werden hohe Anforderungen gestellt. Neubauten müssen erkennen lassen, dass sie in unserer Zeit entstanden sind, aber sie müssen sich in die historische Umgebung einfügen.

Die **Städtebaufördermittel** müssen transparent und ausgewogen auf öffentliche und private Investitionen verteilt werden. Die Altstadt soll Teil einer grünen Stadt am Wasser sein. Wo immer möglich, sollten Grünflächen erhalten bleiben oder geschaffen werden, z. B. auch an Fassaden und Mauern. Der attraktive Plan, vor der Jakobikirche einen Welterbepark einzurichten, bietet interessante Möglichkeiten.

Wohngebiete und Wohnumfeldverbesserung

Die meisten Stralsunder wohnen aber außerhalb der Altstadt. Die Aufwertung von **Knieper-West und Grünhufe** ist bereits fortgeschritten und muss weitergeführt werden. Nicht mehr benötigter Wohnraum ist umzugestalten oder abzureißen.

In den Blickpunkt sind jetzt die an die Altstadt angrenzenden Stadtviertel gerückt. Die Ausweisung der **Frankenvorstadt** als Sanierungsgebiet ist ein wichtiger Baustein der weiteren Stadtentwicklung. Die Sanierung des Frankendamms mit ihren günstigen Folgen für den Stadtteil ist besonders zu begrüßen. Auch der **Tribseer Damm** als bisher unattraktiver Stadteingang wartet auf seine Aufwertung. Mit den von ihm aus einsehbar ehemaligen Gewerbeflächen und brachliegenden Grundstücken ist er zur Zeit wahrlich kein Schmuckstück unserer Stadt. Wir können uns auf Dauer keine Schandflecken auf unserer Visitenkarte leisten.

Die Stadtentwicklung muss immer auch die Bedürfnisse **älterer Menschen** und **von Menschen mit Behinderungen** berücksichtigen.

Kaufhäuser und Einkaufsmärkte – Handel und Wandel

Stralsund ist umgeben von großen **Einkaufsmärkten**, die zum Teil auf Kreisgebiet liegen. Größter Beliebtheit erfreut sich der **Strelapark**, der in der Gemeinde Kramerhof angesiedelt ist. Seine Kunden sind überwiegend Stralsunder, aber die Gewerbesteuern fließen in den Kreis. Der Strelapark schöpft einen überproportionalen Teil der Kaufkraft der Stralsunder Bevölkerung ab. Fazit: Die Verkaufsflächen in Stralsund sind ungünstig und zu Lasten der Altstadt verteilt.

Auch in der Altstadt sind größere **Kaufhäuser** entstanden. Geplant ist ein weiteres Kaufhaus auf dem **Rathausplatz** (Quartier 17). Allerdings tut sich der Handel in der Altstadt nach wie vor schwer, dem Stadtrand gegenüber konkurrenzfähig zu werden. Es fehlen ein größeres Haus für Lebensmittel und ein technisches Kaufhaus. Die Wettbewerbsnachteile gegenüber den Märkten am Stadtrand wiegen schwer.

Diese Entwicklung darf sich nicht fortsetzen. Niemand will und wird die Einkaufsmärkte wieder beseitigen, aber **Erweiterungen „auf der grünen Wiese“ müssen unbedingt verhindert** werden. Das **Einzelhandelskonzept** der Hansestadt muss fortgeschrieben werden mit dem Ziel, immer mehr Straßen der Altstadt in die Entwicklung einzubeziehen. Neben dem geplanten Einkaufsmarkt am Rathausplatz wird in Hafennähe ein kleiner Einkaufsmarkt benötigt, um insbesondere die Sportschiffer zu versorgen.

Stralsund, eine Stadt am Wasser

Stralsund hat eine **lange Uferlinie am Strelasund**, die das Stadtbild entscheidend mitprägt. Dieser Linie gebührt deshalb große Aufmerksamkeit.

Die **Sundpromenade** ist ein Schmuckstück der Hansestadt und wird Schritt für Schritt entwickelt. Aber die Badeanstalt verfällt; ihr weiteres Schicksal ist ungeklärt.

Wir wollen die Sundpromenade mindestens bis zum Panzergraben entwickeln und den **Radweg bis Parow und Barhöft** weiterführen. Wir halten an dem Ziel fest, **Badeanstalt und Freibad** zu erhalten und attraktiver zu machen. Entlang der Promenade muss eine Kette gastronomischer Einrichtungen entstehen.

Hafeninseln und Nordmole umschreiben den touristisch interessantesten Teil der Uferlinie. Durch den Bau des **Ozeaneums** und die Entwicklung der Marina an der Nordmole ist dieser Bereich stark aufgewertet worden. Dennoch gibt es hier noch viel zu tun, um die Attraktivität weiter zu steigern. Das gilt insbesondere für die südliche Hafeninsel, für die eine Entwicklungsplanung einzufordern ist. Insbesondere muss geklärt werden, was mit dem **leer stehenden großen Speicher** neben dem neuen Parkhochhaus geschehen soll. Die Brachflächen der nördlichen Hafeninsel müssen mit Hilfe von Investoren entwickelt werden. Die Versorgung der Sportschiffer an der Nordmole ist zu verbessern. Am Fährzingel in dem geplanten Kopfbau könnte ein kleines Kaufhaus errichtet werden.

Der Dänholm ist trotz mancher Verbesserungen (Nautineum und Ausbau des Sporthafens) noch immer ein Stiefkind des Stadtgebiets mit erheblichem Entwicklungspotential. Es fehlt an einer übergreifenden Planung und vor allen Dingen an geeigneten Investoren.

Am südöstlichen Teil des Sundufers befindet sich das wirtschaftliche Rückgrat der Stadt: die **Volkswerft**, der **Südhafen** und das **Maritime Gewerbegebiet Franzenshöhe**, das immerhin in den Anfängen steht. Die Hansestadt Stralsund muss alle Möglichkeiten einsetzen, den Werftstandort Stralsund zu erhalten und auszubauen. Die Werft

sollte in größerem Maße in Veranstaltungs- und Besuchsprogramme einbezogen werden, um das Bewusstsein von ihrer großen Bedeutung für die Stadt zu verstärken.

Mit der interessanten Farbgestaltung der großen Schiffbauhalle wurde ein lobenswerter Beitrag zum Stadtbild geleistet.

Am Strelasund gibt es leider immer noch Uferbereiche, die den Ansprüchen einer „**grünen Stadt am Wasser**“ nicht gerecht werden. Das muss sich Schritt für Schritt ändern. Die Baumaßnahmen am Strand von Devin sind ein erfreuliches Zeichen.

Besondere Einrichtungen

Die **Fachhochschule** hat sich seit ihrer Gründung stetig weiterentwickelt und ist heute ein großer Arbeitgeber und ein wichtiges Zentrum für Lehre und Forschung. Über die Fachhochschule kommen zahlreiche junge Leute in die Hansestadt. Das **Innovations- und Gründerzentrum SIG** bietet Studenten und Dozenten eine Chance, Erfahrungen mit der Selbstständigkeit zu sammeln. Trotzdem nutzt die Stadt die Potenziale von FHS und SIG immer noch viel zu wenig.

Die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Fachhochschule muss weiter ausgebaut werden. Die Hansestadt sollte verstärkt Expertisen und Gutachten an die FHS oder an Betriebe im SIG vergeben. Fachleute aus der FHS sind verstärkt in die Arbeit der Verwaltung einzubeziehen. Das SIG sollte zu einem Standort für neue Technologien ausgebaut werden. Hier können Weichen für den Arbeitsmarkt der Zukunft gestellt werden mit vermehrten beruflichen Chancen für die Studenten nach ihrem Abschluss.

Die Ansiedlung des **Berufsförderungswerks** und der **Bundesversicherungsanstalt** in der Hansestadt sind große Leistungen, die stabile Arbeitsplätze garantieren. Vor allem der Ausbau der **Marinetechnikschule** Parow mit der Konzentration der Techniker- und Auszubildenden für die Bundesmarine in Parow ist von großer Wichtigkeit für die Stadtentwicklung. Die entstandene Zusammenarbeit insbesondere mit der Marinetechnikschule ist auszubauen. Das feierliche Gelöbnis der jungen Soldaten auf dem Alten Markt sollte Tradition werden.

Während der **Bahnhof** gelungen saniert und modernisiert worden ist, ist das **Hansee-center** ein wenig attraktiver und auch nicht ausreichend genutzter Fremdkörper im Bahnhofsbereich geblieben. Es sollte versucht werden, die Zugangswege vom Hansee-center und vom Fahrradparkplatz aus zu den Bahnsteigen zu verkürzen.

Der **Hansedom** gehört wegen seiner ganzjährigen sportlichen und Wellnessangebote zu den gefragten Freizeiteinrichtungen. Für den Tourismus hat er Bedeutung als saisonverlängerndes Angebot.

Der Bau der **neuen Stadthalle** ist ein Großprojekt, das schwierige wirtschaftliche Probleme aufwirft. Wir gehen davon aus, dass die Halle nicht wirtschaftlich betrieben werden kann. Die Turbulenzen um den SHV haben gezeigt, wie schnell die Wirtschaftlichkeit eines solchen Projektes auf der Kippe steht. Dieses Großprojekt kann sich Stral-

sund **finanziell nicht leisten**. Es wird auf Pump gebaut, denn der Haushalt ist längst defizitär. Wir alle werden viele Jahre daran tragen müssen.

Die SPD Stralsunds wird die Mehrheitsentscheidung der Bürgerschaft für das Projekt respektieren, obwohl die SPD-Fraktion seinerzeit gegen das Projekt gestimmt hatte. Es dürfen aber keine weiteren Kosten für Stralsund entstehen, die über das bisherige finanzielle Engagement der Hansestadt (9 Millionen €, eigentlich 10!) hinausgehen. Die SPD wird nach realistischen Wegen zum Ausstieg aus dem Projekt suchen.

Verkehrskonzept und Parken in der Stadt; Radwege

Der Ausbau des **Umgehungsstraßensystems** einschließlich der Rügenbrücke hat zu einer Entlastung des innerstädtischen Verkehrs geführt. Die neugebauten **Kreisverkehre** haben sich durchweg bewährt. Allein in der Hafengegend gibt es in der Saison Verkehrsprobleme, die im Besucherstrom zum Ozeaneum ihre Ursache haben. Die Ausweisung von Tempo-30-Zonen in den Wohngebieten wird von der SPD ausdrücklich begrüßt.

Für das Parken in der Innenstadt wurden in den letzten Jahren vielfältige Maßnahmen zur Verkehrssteuerung und -regulierung unternommen. Vor allem wurden zwei **Parkhäuser** in Betrieb genommen.

Das Verkehrs- und Parkkonzept der Hansestadt muss ständig fortgeschrieben werden. Die SPD empfindet die auf Großstadtniveau liegenden **Parkgebühren** als zu hoch, wurde aber in der Bürgerschaft überstimmt. Wir werden am Ball bleiben.

Stralsund hat die Ausmaße einer idealen **Radfahrerstadt**. Deshalb wollen wir das Radwegenetz erweitern und qualitativ aufwerten. Mehr Gewicht muss auf durchgängige, sichere Haupttrouten gelegt werden. Ein Beispiel ist der oben genannte Radweg entlang der Sundpromenade bis nach Barhöft.

Die Bäderbahn

Wir setzen uns dafür ein, den Anschlussbau der Bahnverbindung Stralsund-Barth in der Verlängerung bis Prerow (Prerowbahn) zügig wieder herzustellen. Diese umweltfreundliche und tourismusfördernde Relation, die bisher bereits von Stralsund über Wolgast bis Swinemünde führt, bildet dann neben der lange bestehenden Bahnverbindung nach Rügen eine attraktive Anbindung der Halbinseln Zingst und Darß sowie der Insel Usedom an die Hansestadt.

Friedhöfe

Während der **Zentralfriedhof** – zumindest bei trockenem Wetter - insgesamt einen vertretbaren Eindruck macht, verwildert der **St.-Jürgen-Friedhof**, obwohl gerade dort nicht wenige Gräber von Berühmtheiten der Stadtgeschichte zu finden sind (Schill, Tiburtius, Gronow u.a.). Der Pflegezustand der Friedhöfe ist auch eine Visitenkarte für eine Stadt.

Deshalb soll der St.-Jürgen-Friedhof wieder in einen würdigen Zustand gebracht und nach Möglichkeit zu einem Park ausgebaut werden, in dem man sich gerne aufhält.

Umwelt und Energie

Der heftige Streit um das Steinkohlekraftwerk in Lubmin zeigt, wie eng Energieerzeugung und Umweltschutz zusammenhängen. Das gilt auch für die Energieversorgung in Stralsund. Die jüngste Vergangenheit hat bestätigt, wie hilflos wir mittlerweile den Entwicklungen an den internationalen Energiemärkten ausgeliefert sind. Für den Einzelnen wie auch für die öffentliche Hand wird es immer schwerer, die **Energiekosten** halbwegs verlässlich zu planen.

Im Interesse einer langfristigen und stabilen Stadtentwicklung sollte es das Ziel sein, uns wenigstens teilweise von dieser globalen Entwicklung abzukoppeln und uns wieder mehr eigenen Gestaltungsspielraum auf kommunaler Ebene zu verschaffen. Hierfür gibt es Beispiele in anderen Kommunen (etwa www.stadtwerke-hall.de). Dazu ist der langfristige **Umbau der Stadtwerke** vom reinen **Energielieferanten**, der die anderswo eingekauften Produkte nur weiter verteilt, **zu einem regionalen Energieerzeuger** mit dezentraler Versorgungsstruktur notwendig. Die Energieerzeugung aus regenerativen Energiequellen (Wind, Sonne, Biomasse) sowie die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung aus Blockheizkraftwerken (z. B. auch für den Altstadtbereich) sollte hier Vorrang haben.

Stralsund ist keine umweltpolitische Insel. So, wie die Welt sich im Kampf gegen den Klimawandel auf Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit besinnt, müssen auch wir nachhaltige Stadtentwicklung betreiben. Dazu finden wir Partner in der „**Vereinigung der Ostseestädte**“ UBC, mit denen wir unseren Teil Verantwortung für eine ökologisch gesunde Ostsee einschließlich des Strelasundes wahrnehmen können. Die SPD wird den Beitritt Stralsunds zur UBC in der Bürgerschaft beantragen, damit wir – wie die benachbarten Hansestädte Rostock, Wismar und Greifswald – aktiv am Aktionsprogramm 2010 – 2015 mitarbeiten können.

Die Hansestadt Stralsund hat sich in den 90er Jahren **umweltpolitische Leitlinien** gegeben. Diese müssen überarbeitet und in unser Klimaschutzkonzept einbezogen werden.

In unserem Stadtgebiet gibt es „**geschützte Landschaftsbestandteile**“, die bereits 1991 förmlich ausgewiesen wurden. Wegen ihres hohen ökologischen Potentials sind für diese attraktiven Feuchtgebiete die Rechtsverordnungen zu überarbeiten und zu beschließen.

2. Kultur

„**Kultur ist nicht die Sahne auf dem Kuchen, sondern die Hefe im Teig.**“
(Johannes Rau)

Theater

Das innen und außen erneuerte Theater ist ein besonderes Glanzlicht im Kulturbereich unserer Stadt. Die Leistungen in allen drei Sparten werden sehr anerkannt. Die enge Zusammenarbeit mit Greifswald und Rügen (Theater in Putbus) hat sich grundsätzlich bewährt. Allerdings bereitet die Subventionierung durch die Städte und durch das Land immer wieder Schwierigkeiten. Die Hansestadt ist eine Theaterstadt: Außer dem genannten 3-Sparten-Theater gibt es das STIC-er-Theater in der Jugendkunstschule, die „Plattdütsch Späldäl“, „Die Eckigen“ in der Kulturkirche und neuerdings auch ein Studententheater an der Fachhochschule.

Ungeachtet der finanziellen Probleme der beteiligten Städte muss das 3-Sparten-Theater erhalten bleiben. Die Bemühungen sind zu verstärken, von umliegenden Kommunen, deren Bewohnern das Theater zur Verfügung steht, einen finanziellen Beitrag zu erhalten. Den Theaterplan des Kultusministers, der im Wesentlichen auf eine Konzentration der Theater und Orchester in MV mit Schwerpunkt Schwerin / Rostock und eine zwangsläufige Erhöhung der Reisetätigkeit hinausläuft, lehnen wir ab.

Bibliotheken

Die Sanierung der Stadtbibliothek in der Badenstraße schreitet leider nur langsam voran. Die Mittel für die Beschaffung von Büchern und neuen Medien sind in den letzten Jahren immer wieder gekürzt worden. Die Schließung der Zweigstelle in Knieper-West wird immer wieder diskutiert. Die SPD hat sich für den Erhalt eingesetzt.

Die Sanierung des Hauptgebäudes muss mit den verfügbaren Geldmitteln fortgesetzt werden. Eine Erweiterung um das Gebäude Jakobiturmstraße 31 ist wünschenswert.

Museen und Stadtarchiv

Das Meeresmuseum mit dem Schildkrötenbecken und dem im Jahr 2008 eröffneten Ozeaneum auf der nördlichen Hafeninsel ist eine Attraktion der Hansestadt, die auf weltweites Interesse stößt.

Das kulturhistorische Museum steht da naturgemäß etwas im Schatten, beherbergt aber eine kaum zu übersehende Menge an Kostbarkeiten. Zum Beispiel gehört der berühmte Hiddenseer Goldschmuck zum Bestand. Die Sanierung des benachbarten alten Gymnasiums, das zum Museum gehört, schreitet aus Kostengründen leider nur langsam voran. Hier muss nach Fördermitteln gesucht werden.

Unser Stadtarchiv beherbergt unersetzliche Schätze, z. B. die Gründungsurkunde Stralsunds. Es benötigt aber auch die Mittel, diese Schätze zu erhalten.

Kulturkirche

Die Kulturkirche Sankt Jakobi hat sich in den letzten Jahren als ein attraktives Zentrum für vielfältige Veranstaltungen etabliert. Das ist in erster Linie dem Engagement des verantwortlichen Managements zu verdanken. Der kleine Theatersaal ist ein Kleinod in unserer Kulturlandschaft. Die Kulturkirche verdient wegen ihres geradezu erstaunli-

chen Programms Unterstützung und stärkere Berücksichtigung in der städtischen Werbung.

Orgelzentrum und Musikschule

Die kürzlich fertiggestellte Stellwagenorgel in der Marienkirche, die Buchholzorgel in St. Nikolai und schließlich auch die noch nicht wiederhergestellte Memelorgel in St. Jacobi rechtfertigen es, Stralsund als ein Orgelzentrum zu bezeichnen. Die Memelorgel hat deshalb hohe Priorität. Ein besonderer Saal in der Rathauspassage ist als Informationszentrum eingerichtet. Regelmäßige Konzerte unterstreichen die Bedeutung der Orgeln in Stralsund. Das Projekt Orgelzentrum wollen wir weiter entwickeln.

Die Musikschule der Hansestadt erfreut sich großer Nachfrage, ist aber noch immer in mehreren Gebäuden unzureichend untergebracht. Sie soll einmal im Landständehaus ihren endgültigen Sitz haben. Wir werden uns in der Bürgerschaft dafür stark machen, die erforderlichen Eigenmittel bereitzustellen, damit das Haus unter Förderung durch die Pomerania bis 2010 fertig saniert sein wird.

C. SOZIALES, GESUNDHEIT UND GLEICHSTELLUNG

Unsere Grundsätze

Die SPD setzt sich für eine soziale, friedliche und gerechte Stadt ein, einen organisierten Zusammenhalt zwischen den Starken und den Schwachen, den Jungen und den Alten, den Gesunden und den Kranken, den Arbeitenden und den Arbeitslosen, Menschen mit und ohne Behinderung.

Wir stehen für eine Stadt, in der die Armut bekämpft und die Menschen befähigt werden, ihr Leben zu meistern. Diese Stadt fördert existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige Erwerbsarbeit, hilft bei Erziehung und setzt auf Gesundheitsprävention.

Bildung ist für uns ein zentrales Element der Sozialpolitik.

Die SPD entlässt niemanden aus der Verantwortung für das eigene Leben. Übergeordnete Aufgabe ist die Integration aller Menschen in die Gesellschaft. Deshalb ist für uns die Vernetzung von unterschiedlichen Aufgaben wie Wirtschaft-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik, Bildungs- und Gesundheitspolitik, Familien- und Gleichstellungspolitik und die Integration von Einwanderern eine wichtige Voraussetzung für das Wohl unserer Bürger und inneren Frieden in unserer Gesellschaft.

In dieser Gesellschaft übernehmen Menschen aus eigenem Antrieb Verantwortung für andere, weil sie oft früher als Behörden bemerken, wo Hilfe nötig ist. Wir wollen, dass Ehrenämter mehr Anerkennung erhalten.

„Pragmatisch handeln zu sittlichen Zwecken.“

(Helmut Schmidt)

Wohnen und Wohnumfeld

Menschen brauchen die Sicherheit einer bezahlbaren Wohnung. Deshalb muss die Stadt regulierend auf den Wohnungsmarkt einwirken können. Dazu benötigen wir neben den Wohnungsgenossenschaften unsere Stralsunder Wohnungsgesellschaft SWG im Eigentum der Stadt.

Wir benötigen ein Wohnumfeld, das es den Bewohnern leicht möglich macht, sich mit ihrem Stadtviertel zu identifizieren und dafür auch Verantwortung zu übernehmen. Sehr gutes Beispiel: das von der EU geförderte Projekt „Die soziale Stadt“ in Grünhufe.

Wohnungen und Wohnumfeld müssen den demographischen Verhältnissen Rechnung tragen, d. h. familien- und kinderfreundlich (Spiel- und Bolzplätze), altersgerecht, gesund und behindertengerecht sein.

Sicherheit für unsere Bürger muss in alle Überlegungen einfließen. Dem dienen Wegekonzepte, Barrierefreiheit, Schülerlotsen, Unfall- und Kriminalprävention), aber auch ein bedarfsgerechter öffentlichen Personennahverkehr (Anbindung an Zentren, Ruftaxis, Bürgerbus, Familienticket).

Familien- und kinderfreundliche Stadt: Eltern stark machen: „starke Eltern, starke Kinder“

Die SPD unseres Landes hat sich die Unterstützung von Familien und Kindern in besonderer Weise vorgenommen. Stralsund soll eine familien- und kinderfreundliche Stadt werden. Das Kinderland Mecklenburg-Vorpommern darf nicht nur auf dem Papier stehen.

Wir wollen niederschwellige und partnerschaftliche Beratungsangebote und Hilfen entwickeln: Elternstammtische, Elternbriefe, eine allgemeine Sozialberatung, besonders für sozial schwache Familien, bei gleichzeitigem Erhalt bestehender Angebote wie z.B. des Familien- und Hebammenprojektes, der Stralsunder Tafel, der Sozialkaufhalle, des Umsonstladens und ähnlicher Angebote, des Lokalen Bündnisses für Familie, des Sozialpasses.

Die Teilnahme an Elternbildung ist sehr wünschenswert. Als Anreize sind Preise oder Vergünstigungen im öffentlichen Raum (freie Besuche im Kino, Zoo, Hansedom usw.) erprobte Mittel.

Kinder sind unsere Zukunft. Wir wollen uns stark machen für die Rechte der Kinder (Kinderschutzhotline, Kinderschutzkonferenzen, Kinderparlament, Kinderschutzbund). Kinder müssen wissen, dass sie vorbehaltlos geschützt werden.

Wir wollen uns für eine familienfreundliche Ausstattung der Sprechräume im Rathaus einsetzen.

Seniorenfreundliche Stadt

Die Gesellschaft der Zukunft wird eine Gesellschaft längeren Lebens sein. Ziel unserer Politik für Seniorinnen und Senioren ist die qualitative Aufwertung aller Lebensbedingungen im Alter. Neue Perspektiven sollen helfen, den älteren Menschen ein sinnerfülltes und zufriedenes Leben zu ermöglichen. Jeder Mensch soll im Alter Chancen haben, sich aktiv und kreativ am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Hierzu gehört auch das Schaffen und Sichern von Bedingungen, die den älteren Menschen den Verbleib in der eigenen Wohnung bzw. eine selbständige Haushaltsführung ermöglichen.

Wir unterstützen deshalb den Seniorenbeirat und seinen Anspruch, zu den Entscheidungen der Kommune gehört zu werden. Als Beispiel soll die Teilhabe an der Verkehrsplanung dienen, in die ältere Menschen mit einzubeziehen sind. Die Unterstützung des Seniorenbeirates ist Ausdruck der Anerkennung der Lebensleistung älter gewordener Menschen.

Wir halten den städtischen Wohnungsbau mit seinem Blick auf die Erfordernisse des Älterwerdens für wichtig. Wir unterstützen generationsübergreifende Projekte (Mehrgenerationenhaus) und diverse Betreuungsangebote (Essen auf Rädern, Nachbarschaftshilfe) sowie Angebote von Freizeit-, Qualifikations- und Bildungsmaßnahmen für ältere Bürger, insbesondere durch die Volkshochschule Stralsund, aber auch durch unsere Fachhochschule.

Mit uns soll die ehrenamtliche Seniorenarbeit gestärkt werden.

Kranken helfen und Gesundheit fördern

Kranke haben unabhängig von Herkunft, Alter oder Geschlecht die gleichen Rechte auf Versorgung. Dies in Stralsund zu ermöglichen, ist auch die Aufgabe der Kommune.

Die SPD will ein solidarisch finanziertes Gesundheitswesen, das so organisiert ist, dass Krankheiten vorgebeugt und vermieden oder, wenn sie auftreten, möglichst geheilt werden. Präventionsarbeit hat einen hohen Stellenwert. Das müssen wir für das Stralsunder Gesundheitswesen im Auge haben.

Gesundheitsförderung muss bereits in Kindertagesstätten, Schulen und in der Familienbildung, aber auch in Unternehmen wirken. Die Teilnahme an Früherkennunguntersuchungen (Einladungswesen, Servicestellen des Landesamtes für Gesundheit und Soziales) muss sichergestellt werden.

Die Einrichtungen der allgemeinen Gesundheitsversorgung müssen in erreichbarer Nähe liegen. Es soll der Grundsatz „ambulant vor stationär“ gelten. Das bedeutet auch, dass sich Familie, privates Umfeld, ambulante und stationäre Einrichtungen wirksam ergänzen.

Die Möglichkeiten des medizinischen Fortschritts sollen allen Menschen zugute kommen, um Krankheiten zu heilen und unheilbar Kranke menschenwürdig zu versorgen. In der Pflege darf Menschenwürde niemals vergessen werden.

Überhaupt darf es nicht nur ums Geldverdienen gehen. Das Wohl des Patienten muss Richtschnur für die Zusammenarbeit aller Gesundheitsinstitutionen sein. Wir wollen Unterschiede in den Gesundheitschancen abbauen.

Menschen mit Behinderung – mit gleichen Chancen leben

Ziel unserer Politik für Menschen mit Behinderungen ist die besondere Berücksichtigung ihrer Belange und Bedürfnisse in allen kommunalen Planungen und Handlungen. Wir gestalten die kommunale Behindertenpolitik gemeinsam mit den Betroffenen, ihren Verbänden und Interessenvertretern.

Eine der wichtigsten Maßnahmen ist die Schaffung integrativer Wohn- und Wohnumfeldbedingungen für behinderte Menschen. Auch hier gilt der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Weitere Grundanliegen unserer Politik für Menschen mit Behinderungen sind deren Eingliederung in den Arbeitsmarkt und die Gewährleistung von Barrierefreiheit bei städtischen Einrichtungen und öffentlichen sowie privaten Dienstleistern.

Ein Hospiz für Stralsund

Jeder Mensch hat Anspruch auf ein Sterben in Würde. Menschen brauchen am Lebensende unsere besondere Solidarität. Diese ist oft nicht ausschließlich in der Familie zu leisten. Wir wollen uns deshalb darum kümmern, dass Stralsund ein Hospiz erhält und unterstützen die ehrenamtliche Arbeit des Hospizvereins e. V.

Integration aller Menschen statt Ausgrenzung

Menschen mit Behinderungen brauchen Unterstützung bei der Organisation ihres Lebens, damit sie so „normal“ wie möglich mit uns leben können. Dazu gehören Frühförderstellen für behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder.

Jeder, der legal in diesem Land lebt, soll Nachbarschaft und freundliches Auf-ihn-zugehen erfahren statt Fremdheit und Kälte. Angebote für die Integration von Spätaussiedlern und Einwanderern sollten verstärkt und mit bestehenden Angeboten vernetzt werden, u.a. mit dem Nachbarschaftszentrum in Grünhufe. Dies ist auch ein Beitrag, aktiv rechtsextreme Tendenzen in unserer Stadt zu bekämpfen.

Gleichberechtigung von Mann und Frau

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist auf dem Papier verwirklicht. In der Realität aber (Arbeitsmarkt, Löhne) erleben wir es anders. Der öffentliche Dienst hat hier eine Vorbildfunktion zu erfüllen. Geschlechtergerechtigkeit muss bei allen einschlägigen Entscheidungen beachtet werden. Die Soziologie hat dafür den Ausdruck Gender Mainstreaming. Wir unterstützen deshalb das Frauenbüro, die Interventionsstelle ge-

gen häusliche Gewalt, Frauenhaus und Frauentreffs (Sundine, Lisa) als wichtige Bausteine, Frauen und Mädchen gleiche Chancen zu öffnen.

Die SPD will eine partnerschaftliche Gesellschaft.

D. BILDUNG, JUGEND UND SPORT

Bildung für alle

Bildung entscheidet unsere Zukunft, sie ist die große soziale Frage unserer Zeit. Sie erst ermöglicht Menschen, sich selbstbestimmt Ziele zu setzen und Träume zu verwirklichen. Sie erschließt ihm den Zugang zu einer Welt im Wandel. Sie befähigt ihn zu Demokratie und sozialer Verantwortung und erschließt ihm die Chance auf Arbeit.

Wir wollen gleiche Lebenschancen für alle. Über Lebenschancen entscheiden vor allem Bildung und das Aufwachsen in einer funktionierenden Familie. Deswegen wollen wir bessere Bildung für alle durchsetzen und Familien stärken.

Ganztagschulen als flächendeckende Regelschulen ermöglichen Chancengleichheit in der Bildung. Diese müssen in zumutbarer Nähe zum Wohnort der Schüler liegen. Ganztagschulen ermöglichen den Abbau von sozialen Defiziten. Hier kann gemeinsames Lernen besser ermöglicht werden.

Während Schulbildung Landessache ist, ist die Stadt verantwortlich für die Schulgebäude. Der Zustand der Karsten-Sarnow-Schule ist kein Ruhmesblatt für unsere Stadt. Wir werden uns – schon im Sinne der Chancengleichheit für die Schüler dieser Schule – für höchste Priorität einsetzen. Vielleicht bietet hier das Konjunkturprogramm des Bundes eine finanzielle Grundlage.

Wir wollen den Zusammenschluss verschiedenartiger Schulen zu Schulzentren. So können die Durchlässigkeit erhöht, Schüler besser und gezielter gefördert und die soziale Integration verbessert werden.

Wir wollen die Hilfen für die lernschwachen Schüler in den Schulen verstärken, Eltern beim Antrag auf Förderunterricht behilflich sein und damit mehr Jugendlichen einen Schulabschluss ermöglichen. Dafür benötigen wir die Bereitstellung von mehr finanziellen Mitteln, hier wollen wir als Stadt die Landesregierung in die Pflicht nehmen.

Als ein wichtiger Teil in der Bekämpfung von sozialen Defiziten hat sich die Schulsozialarbeit erwiesen, in Verbindung mit Angeboten der beruflichen Frühorientierung für Jugendliche und mit Angeboten der Jugendhilfe. Wir fordern: Sozialarbeiter in jede Schule!

Wir brauchen weiterhin das Instrument „Hilfen zur Erziehung“.

Daneben muss die Förderung unserer leistungsstarken Schüler gewährleistet sein, sodass wir den Anschluss an die Erfordernisse des Weltmarktes nicht verlieren.

Schulen müssen verstärkt in den Stadtteil integriert werden, auch indem gesellschaftliche Aufgaben von Schulklassen übernommen werden, z. B. durch Übernahme konkreter und stadtbezogener Aufgaben zur Geschichte, zur Kultur und in geeigneten sozialen Problemfällen.

Wir wollen die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft anregen und generationsübergreifende Projekte befördern. Schüler können so erfahren, was in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft von ihnen erwartet wird. Die Wirtschaft kann mithelfen, die Lernschritte der Schüler in die Arbeitswelt zu begleiten und Aufgaben an die Schulen weitergeben.

Das auf Initiative der SPD umgesetzte Berufsschulzentrum benötigt umfassende Sanierung an den Gebäuden sowie eine Zentralisierung der Standorte. Hier müssen ganz schnell die Gelder bereitgestellt werden. Die Zusammenarbeit mit privaten Investoren begrüßen wir.

Die Musikschule muss endlich das ihr entsprechende Gebäude beziehen können (Landstänchehaus in der Badenstraße).

Bildung von Anfang an

Da die ersten Wochen, Monate und Jahre über ein Leben entscheiden können, müssen Eltern und staatliche und gemeinnützige Einrichtungen von Anfang an auf ihre Aufgaben gut vorbereitet sein.

Kindertagesstätten (Krippen und Kindergärten) dienen nicht nur der Betreuung, sondern auch der Bildung. Wir wollen sie zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen, in denen Familien Beratung, Weiterbildung und verlässliche Hilfe im Alltag finden. Dort können auch, nicht zuletzt durch Sprachförderung, herkunftsbedingte Benachteiligungen ausgeglichen werden.

Wir wollen die Kindertagesstätten so aufstellen, dass sie den Anforderungen der psychischen, körperlichen und geistigen Entwicklung unserer Kinder gerecht werden.

Wichtig sind gut ausgebildete Erzieher/Innen und Kinderpfleger/Innen, die wissen, dass die Früherziehung entscheidende Weichen für das Recht des Kindes auf Glück und Chancen auf dem Arbeitsmarkt stellt. Krippen und Kindergärten müssen in erreichbarer Nähe für die Kinder sein. Ihre Öffnungszeiten müssen den Erfordernissen der erwerbstätigen Eltern angepasst sein. Es müssen auch Kurzzeitbetreuungen angeboten werden. Für diesen Bereich wollen wir die ortsansässigen Unternehmen nicht nur finanziell einbinden.

Ähnliche Überlegungen gelten auch für den Schulhort.

Wir werden Erziehungs- und Bildungspatenschaften anregen.

Die Hochschule

Die Hochschulen, unsere wissenschaftlich orientierten höheren Bildungseinrichtungen, müssen in der Wissensgesellschaft als Jobmotor begriffen werden. Unsere Fachhochschule punktet mit modernen Studiengängen, die einen guten Start ins Berufsleben ermöglichen. Dies zu unterstützen ist unsere Aufgabe.

Als Oberzentrum eines zukünftigen Großkreises muss es unser Anliegen sein, die Kompetenzen unserer Hochschule lokal und regional noch besser zu nutzen. So ist eine enge Verflechtung der kommunalen Gesellschaften z. B. mit dem Kompetenzschwerpunkt Regenerative Energien an der FHS wünschenswert.

Wir wollen deswegen mit unserer Hochschule noch stärker zusammenarbeiten und bei kommunalen Entscheidungen im Auge behalten.

Der Kooperationsvertrag der Fachhochschule mit der Stadt Stralsund muss fortgeschrieben werden. Darüber hinaus müssen wir unsere Stadt als Hochschulstadt Stralsund begreifen und - durch gelebte Praxis – beim Gedanken an unsere FHS ein selbstbewusstes Wir-Gefühl entwickeln.

Studium und Familie müssen stärker miteinander vereinbar sein. Dazu gehören studentenfreundliche Kinderbetreuung, Elternberatungsangebote, Elternbegegnungen mit einer verstärkten Zusammenarbeit unserer Kindergärten und Kitas und den Einrichtungen der Fachhochschule.

Studentenjobs, Praktikumsplätze und Ermäßigungen bei den öffentlichen Einrichtungen sind nicht nur für Studenten weiche Standortvorteile, sondern dienen auch unserer regionalen Wirtschaft. Gut ausgebildete junge Menschen hier vor Ort beruflich einzubinden, muss unser Bestreben sein.

Lebenslanges Lernen

Wir wollen die Öffnung der Schulen nach dem Unterricht für Jung und Alt.

Wir wollen eine Nutzung der Schulen gemäß dem Motto „lebenslanges Lernen“ sowie für Aktivitäten des ganzen Stadtteils.

Wir wollen generationsübergreifende Projekte unterstützen, wie sie in der IGS gestaltet werden.

Die Volkshochschule als Schule für alle Bürger muss erhalten bleiben.

Das Berufsförderungswerk hat als Umschulungseinrichtung für junge Erwachsene, die wegen Beeinträchtigungen ihrem Beruf nicht mehr nachgehen können, große Bedeutung.

Unsere Jugend

Wir wollen ein bis zwei große Jugendzentren, die personell wie materiell gut ausgestattet sind, um so eine größere Anzahl von Jugendlichen anzuziehen. Hier sollen Übungsräume und eine Bühne für Bands, Schrauberwerkstätten, Trainingsräume für Sport usw. angeboten werden können, damit sich Jugendliche vielseitig ausprobieren können.

Wir halten eine Kinder- und Jugendbeauftragte, die die Belange der Kinder und Jugendlichen in der Stadt vertritt, für unverzichtbar, solange es keinen Kinder- und Jugendbeirat gibt. Hier ist Umorganisation ohne neues Personal erstrebenswert. Als Beisitzer wollen wir die Schulsprecher und gewählte Vertreter der Jugendtreffs/Vereine benennen.

Wir wollen das Fach Gesundheitspflege (Ernährung, Sucht, Gesundheitsprävention) als einen Teil des Unterrichts im Sport, in der Schule und den Kindertagesstätten einführen.

Suchtkrankheiten breiten sich besonders unter Jugendlichen verstärkt aus. Ein Teil der Bekämpfung der Sucht ist die Suchtberatung. Sie sollte möglichst dicht am Klienten organisiert sein. Deswegen halten wir die unterschiedlichen Suchtberatungsstellen, die auch in die Schulen kommen, für besonders wichtig.

Aids ist keine aussterbende Krankheit. Deswegen benötigen wir die Aidshilfen und -beratungsstellen.

Die gemeinnützigen Träger der Jugendhilfe und des sozialen Bereichs müssen finanziell gut ausgerüstet sein, um ihre Arbeit leisten zu können. Die Kommune kann oft diesen finanziellen Rahmen nur ungenügend bereitstellen. Um alle Möglichkeiten auszuschöpfen, benötigen wir einen verantwortlichen Mitarbeiter, am besten beim OB, der für den Bereich Einwerbung von Fördermitteln (Europa, Bund, Land) verantwortlich ist, um u.a. auch Kultur-, Sozial- und/oder Sportträgern Hilfestellung geben zu können.

Die Jugendkultur in Musik, Kunst und Schauspiel ist in ihrer Vielfalt als Ausdruck von Lebensqualität zu fördern.

Der Sport

Sport ist ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Er dient der Gesundheit und dem Wohlbefinden. Sport fördert die Toleranz und die Fairness untereinander. Er verbindet Menschen und hilft, soziale Gegensätze zu überwinden. Deshalb fördern wir den Breiten-, Leistungs- und Behindertensport und seine Vereine. Besondere Unterstützung sollen Vereine erhalten, die den Jugendsport fördern.

Ehrenamtliche Trainer sollen mehr Unterstützung bekommen, um ein erfolgreiches Training durchführen zu können. Deren Entschädigungen dürfen keinesfalls weiter gekürzt werden.

Wir wollen, dass unsere bestehenden Sportstätten weiter ausgebaut werden. Um allen Sportlern die gleichen Möglichkeiten bieten zu können. Trendsportarten sollen in Stralsund kein Fremdwort sein, es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, diese in bestehende Strukturen zu integrieren.

E. VERWALTUNG, SICHERHEIT UND ORDNUNG

1. Die Verwaltung unserer Stadt

Die Verwaltung ist erster und wichtigster Ansprechpartner der Bürger, wenn sie mit dem Gemeinwesen oder dem Staat in Berührung kommen. Die Verwaltung tritt ihnen sowohl als Behörde wie auch als Dienstleister entgegen.

Der Bürger erwartet von seiner Verwaltung Leistungen, die schnell, umfassend und nachvollziehbar angeboten werden. Er will bei seinem Anliegen gut beraten werden.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, setzt sich die SPD für eine schlanke und damit Kosten sparende Verwaltung ein, die ihre Aufgaben im Dienste der Bürger effektiv erfüllt. Das Leitbild ist eine moderne Dienstleistungsverwaltung mit einer flachen Hierarchie und schnellen Entscheidungen.

Die Verwaltung hat kompetente Mitarbeiter. Das Arbeitsklima unter dem bisherigen OB war gekennzeichnet durch autoritäres Gehabe auf der einen und Angst um den Arbeitsplatz auf der anderen Seite. Das muss sich ändern. Die Mitarbeiter müssen ernst genommen werden und Mut zu eigenen Entscheidungen und Initiativen haben dürfen.

Gleichwohl gehen wir davon aus, dass der Personalbestand der Stadtverwaltung mittelfristig weiter reduziert werden muss. Der Umfang ist natürlich vom Vorankommen der landesweiten Verwaltungsreform abhängig, auf jeden Fall muss dies aber sozialverträglich ohne betriebsbedingte Kündigungen geschehen. Diese Reduzierung bei gleichbleibendem Arbeitsanfall kann ausgeglichen werden durch die Möglichkeiten der Elektronik (e-Government).

Die SPD will sich für ein umfassendes Online-Angebot von Verwaltungsleistungen stark machen.

Mit anderen Worten: Verwaltungsleistungen sollen bequem von zu Hause aus in Anspruch genommen werden können. Eigene Anliegen können der Verwaltung online übermittelt und das Ergebnis der Bearbeitung wiederum per Internet empfangen werden. Der Antragssteller kann sich dabei laufend über den Bearbeitungsstand informieren.

Angepasste Öffnungszeiten ermöglichen dem Antragsteller eine effektivere Zeitplanung.

Beratung, Transparenz und rechtzeitige Öffentlichkeitsarbeit entschärfen Konflikte zwischen Bürger und Verwaltung.

Die SPD erwartet von der Verwaltung bei Ihrem Handeln rechtzeitige und umfangreiche Informationen an die betroffenen Bürger mit Hinweisen zu Alternativen. (schlechtes Beispiel: Informationspolitik der Stadt zum offenen Strafvollzug in der Frankensiedlung)

Das Haushaltsdefizit der Stadt darf nicht dazu führen, dass die Angestellten der Verwaltung beim Verfolgen kleinerer Ordnungswidrigkeiten unter Druck stehen und sich unangemessen kleinlich verhalten. Viele haben schon erfahren, dass eine freundliche Ermahnung, z. B. durch eine Politesse, das pädagogisch bessere Mittel ist.

Bürgermeistersprechstunden sind ein nicht zu unterschätzender Ausdruck von Bürgernähe und daher ein Muss. Hier können Konflikte rechtzeitig erkannt und durch umsichtiges Handeln entschärft werden. (gutes Beispiel: Wismar)

Die SPD will für einen kollegialen Führungsstil sorgen. Wir fordern deshalb ein Personalentwicklungskonzept, das neben dem Förderungs- und Qualifizierungsbedarf individuelle Personalförderung und Verbesserung der Arbeitsstrukturierung beinhaltet.

Eine ständige und rechtzeitige Information der Verwaltung gegenüber der Bürgerschaft und ihren Ausschüssen über alle wichtigen Angelegenheiten ist Voraussetzung für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit bei den Entscheidungen zwischen Bürgerschaft und Oberbürgermeister. Die Defizite der vergangenen fast zwei Jahrzehnte dürfen keine Fortsetzung finden.

Angesichts des seit 2005 defizitären Haushalts wird sich die SPD für eine Lösung der strukturellen Probleme stark machen. Kreditaufnahmen oder der Verkauf städtischen Vermögens ist für uns keine dauerhafte Lösung. Daher werden wir auch weiterhin entschieden gegen den Verkauf von Wohnungen und Altenheimen kämpfen.

Wir Sozialdemokraten werden uns nicht daran beteiligen, die Wähler angesichts der schwierigen Haushaltslage über die Notwendigkeit schmerzhafter Sparmaßnahmen zu täuschen. Politische Forderungen stehen in allen Bereichen unter dem Vorbehalt einer machbaren Finanzierung.

Eine effektive Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn und eine moderne Verwaltungsstruktur sind auch deshalb notwendige Voraussetzung für die Sanierung unseres städtischen Haushalts.

2. Soll die Hansestadt Stralsund kreisfrei bleiben ?

Die Hansestadt Stralsund ist eine von 6 kreisfreien Städten im Land.

Bei der ersten Kreisgebietsreform 1994 wurden zwar die Landkreise neu geordnet, aber nicht die kreisfreien Städte. Eingemeindungen waren nur auf freiwilliger Grundlage mit Zustimmung der Landkreise möglich, fanden also praktisch nicht statt.

Um die Städte herum sind Wohngebiete entstanden, in die gut verdienende Städter zogen. Gewerbegebiete und Einkaufsmärkte haben sich gebildet, die wirtschaftlich von der Stadt und den dort wohnenden Kunden leben. Die Steuern aber werden in den Randgemeinden entrichtet.

Die Abwanderung aus den Städten hat bis heute nicht abgenommen. Für Stralsund prognostiziert man 55 000 Einwohner. Die Landespolitik verlangt künftig von kreisfreien Städten mindestens 175 000 Einwohner, damit sie sich eine eigene Verwaltung mit Fachleuten für alle Verwaltungsaufgaben leisten können.

Den kreisfreien Städten fehlt damit immer mehr die Finanzkraft für kulturelle und soziale Dienstleistungen, auf die die Menschen Anspruch haben. Die entsprechenden Einrichtungen, die die Städte vorhalten und subventionieren (Beispiel Theater), werden aber von den Einwohnern der Randgemeinden natürlich ebenso genutzt.

Leider reduziert sich die ganze Reform in ihrem zweiten Anlauf auf das ständige Produzieren neuer Landkarten. 6+2 (Landkreise und kreisfreie Städte) heißt die aktuelle Zauberformel. Nur Rostock und Schwerin blieben kreisfrei. Von der Funktionalreform ist aber nichts mehr zu hören, von Eingemeindungen bisher nur vage und auf später vertröstend.

Die Stralsunder SPD wird nur eine Gebietsreform unterstützen, die sicherstellt, dass Stralsund als Zentrum gestärkt wird und die notwendigen Gebietserweiterungen der Städte geregelt werden. Das wird mit dem ersatzlosen Verlust der Kreisfreiheit von Stralsund für unsere Region nicht erreicht. Es ist schließlich unbestritten, dass alle regionale Entwicklung im Schwerpunkt von den Zentren ausgeht.

Fazit: Es kommt darauf an, die Regionen als Ganzes zu sehen. Die Kraft gestärkter Oberzentren wie z.B. Stralsund kann als Mittelpunkt eines künftig noch größeren Stadt-Umland-Gebietes auf das Umland ausstrahlen. Gleichzeitig können sich die Oberzentren besser profilieren. Eine umfassende Reform werden wir unterstützen, bloße Landkartenmalerei aber entschieden ablehnen.

Unsere Forderung:

Der Verwaltungsraum und der Lebensraum der Menschen müssen wieder in Übereinstimmung gebracht werden.

Hansestadt und Welterbestadt bleiben wir übrigens so oder so! Das sind zwei andere Paar Schuhe.

3. Sicherheit und Ordnung

In der Kommune als unterer staatlicher Gliederung kommt dem Schutz der Bürger vor Verbrechen, Gewalt und Extremismus Bedeutung zu. Hier ist es möglich, Fehlentwicklungen rechtzeitig zu bemerken und gegenzusteuern. Für uns Sozialdemokraten hat Prävention deshalb einen sehr hohen Stellenwert.

Neben den Aufgaben, die hier von der Polizei, den Justiz- und Ordnungsbehörden wahrgenommen werden, wird die SPD die Tätigkeit des Präventionsrates unterstützen. Sie will Zivilcourage fördern, z. B. durch Ehrung guter Beispiele. Wir alle tragen Verantwortung für unsere Stadt. Dazu gehört auch der Mut, bei Ungerechtigkeiten und vor allem bei Gewalt nicht wegzusehen, den Mitbürger auch einmal auf achtlos auf die Straße geworfene Abfälle anzusprechen.

Oft werden Kinder und Jugendliche mit kriminellen Handlungen konfrontiert. Schon in Kindergärten und Schulen muss deshalb die Prävention beginnen. Kinder und junge Menschen müssen lernen, dass Konflikte nicht durch Gewalt gelöst werden. Wir Sozialdemokraten fordern eine entsprechende Ausbildung der Erzieher und Lehrer. Die SPD unterstützt ausdrücklich die Jugend- und Sozialarbeit.

Um dem zunehmenden Rechtsradikalismus erfolgreich begegnen zu können, werden wir Sozialdemokraten jede Maßnahme unterstützen, die den verblendeten jungen Menschen eine Perspektive auf Ausbildung und Arbeit garantiert.

Bauliche Verbesserungen wie Beleuchtung, Frauenparkplätze und gut ausgebaute Rad- und Gehwege sollen unsere Stadt für die Bürger sicherer machen.

Um private Streitigkeiten außergerichtlich und dauerhaft zu schlichten, tritt die SPD für den Aufbau und die Förderung kommunaler Schiedsstellen ein.

Die SPD wird den Schutz vor Gewalt in der Familie weiter durch Beratungsstellen, Frauenhaus und Interventionsstelle fördern.

Bei der Sauberkeit ist Stralsund auf einem guten Weg. Das bedeutet aber nicht, dass es hier nichts mehr zu tun gäbe. Gerade in einer auf viele Besucher orientierten Stadt ist ein sauberer und ordentlicher Eindruck wichtig.

Das gehört mit zur Verantwortung für das Weltkulturerbe Stralsund.